



Niederschrift

49. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 15.04.2008
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:15 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 3.025

Anwesend sind:

Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	anwesend ab 18:03 Uhr
Frau Nitsche, Juliane	DIE LINKE	Vertretung für Herrn Krause
Herr Dr. Schlomm, Herbert	DIE LINKE	
Frau Schulze, Jana	DIE LINKE	
Herr Dr. Przybilski, Helmut	SPD	anwesend ab 18:10 Uhr (TOP 1.3)
Herr Näder, Volkmar	CDU	
Frau Paulsen, Bettina	CDU	Sitzungsleitung
Frau Dr. Lotz, Brigitte	Bündnis 90/Die Grünen	anwesend ab 18:20 Uhr (TOP 3)
Herr Buchholz, Dirk	BürgerBündnis	anwesend bis 19:30 Uhr (TOP 10)
Herr Anton, Torsten	DIE LINKE	
Frau Basekow, Angela	SPD	
Frau Bittrich, Sabine	Ausländerbeirat	
Frau Bluhm, Regina	SPD	
Frau Busch, Jutta	DIE LINKE	
Frau Gerber, Heiderose	Die Andere	
Herr Jutzi, Jörg	DIE LINKE	
Herr Puschmann, Wolfgang	Seniorenbeirat	
Herr Schilke, Florian	CDU	
Herr van Leeuwen, Rüdiger	CDU	
Frau Müller, Elona	Beigeordnete	

Nicht anwesend sind:

Herr Krause, Siegmund	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Blume, Marie	SPD	entschuldigt
Frau Geywitz, Klara	SPD	entschuldigt
Frau Keilholz, Monika	BürgerBündnis	entschuldigt
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	entschuldigt
Herr Buschmann, Jan	Familien-Partei	nicht anwesend
Herr Fröhlich, Uwe	Bündnis 90/Die Grünen	nicht anwesend
Herr Nowak, Benedikt	BürgerBündnis	nicht anwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.2 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 18.03.2008
- 2 Mitteilungen der Verwaltung
- 3 Aktuelles Thema:
Kinderschutz
- 4 Netzwerk "Gesunde Kinder" in Potsdam
Vorlage: 08/SVV/0237
Fraktion DIE LINKE
- 5 Elternschule
Vorlage: 08/SVV/0201
Fraktion SPD
- 6 Bekanntmachung des Kulturtickets
Vorlage: 08/SVV/0205
Fraktion Die Andere
- 7 Anhebung des Regelsatzes
Vorlage: 08/SVV/0236
Fraktion DIE LINKE
- 8 Konzept zur aufsuchenden Sozialarbeit
Vorlage: 08/SVV/0323
Fraktion SPD
- 9 Haushalt
- 9.1 Haushaltssicherungskonzept 2008 - 2011
Vorlage: 08/SVV/0160
Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung
- 9.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: 08/SVV/0161
Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 9.3 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2009
Vorlage: 08/SVV/0162
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 10 Rollstuhlfahrer im ÖPNV
Vorlage: 08/SVV/0165
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 11 Behindertenbericht (Berichtszeitraum 2003 - 2006)
Vorlage: 08/SVV/0321
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 12 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1.1 **Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die stellv. Ausschussvorsitzende, Frau Paulsen.

Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 12 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss nicht beschlussfähig.

Frau Paulsen schlägt vor, mit dem Tagesordnungspunkt 2 (Mitteilungen der Verwaltung) zu beginnen.

Ab 18:04 Uhr ist Frau Dr. Müller anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses hergestellt.

zu 1.2 **Bestätigung der Tagesordnung**

Frau Paulsen informiert, dass der Tagesordnungspunkt 8 durch Frau Geywitz als Antragstellerin zurückgestellt wird, da diese zur Diskussion der Drucksache anwesend sein möchte.

Die Tagesordnungspunkte 3 und 4 sollten im Zusammenhang beraten werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 1.3 **Bestätigung des Protokolls vom 18.03.2008**

Frau Schulze fragt, wann die Verwaltung eine Information zur Ausschreibung der Stelle des Behindertenbeauftragten gibt.

Frau E. Müller erklärt, dass ihr hierzu keine Informationen vorliegen, da diese Stelle dem Büro des Oberbürgermeisters zugeordnet ist und somit in dessen Federführung liegt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

Dem Protokoll wird zugestimmt.

zu 2 **Mitteilungen der Verwaltung**

Potsdamer Behinderten Verband e.V.

Frau E. Müller informiert über ein Schreiben des Potsdamer Behinderten Verbandes an die Ausschussvorsitzende. In dem Schreiben bittet er um Beteiligung des Behinderten Verbandes bei der Sanierung der Schwimmhalle am Brauhausberg.

Frau Scheuerer informiert, dass sie in Vertretung des Behindertenbeauftragten am 04.04.2008 an einer Beratung zur Sanierung der Schwimmhalle teilgenommen hat. Sie macht deutlich, dass dieser Termin, der unter Federführung der Stadtwerke durchgeführt wurde langfristig angekündigt war. Zu diesem Termin war auch Behinderten Verband e.V. eingeladen. Herr Becker hat kurzfristig seine Teilnahme abgesagt.

Frau Scheuerer berichtet, dass es in dieser Beratung um die grobe Planung ging. Es sind weitere Beratungen geplant, zu denen auch der Behinderten Verband e.V. eingeladen wird.

Frau E. Müller schlägt vor, dem Behinderten Verband e.V. das Protokoll der heutigen Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales zur Verfügung zu stellen.

Frau Scheuerer informiert, dass das nächste Behindertenforum am 27.05.2006 im Haus der Begegnung stattfinden wird.

zu 3 **Aktuelles Thema: Kinderschutz**

Herr Schweers gibt eine kurze Einleitung und stellt Frau Köhler vor.

Frau Köhler stellt anhand einer Power-Point-Präsentation die Aktivitäten zum Kinderschutz in der Landeshauptstadt Potsdam vor. Sie gibt Erläuterungen zu den gesetzlichen Grundlagen und verweist auf den Arbeitskreis Kinderschutz, der seit Dezember 2005 aktiv ist.

Frau E. Müller ergänzt, dass jede Meldung eines Kinderschutzfalles sofort aufgenommen und geprüft wird. Sie macht auch darauf aufmerksam, dass es bereits Gespräche mit dem Klinikum „Ernst von Bergmann“ zu diesem Thema, insbesondere für die Förderung der Sensibilisierung der Pflegekräfte, gibt.

Herr Schweers erklärt, dass das Jugendamt jeder Meldung eines Kinderschutzfalles nachgeht. Es ist bundesweit festzustellen, dass sich das Meldeverhalten um ca. 30 % erhöht hat, was zeigt, dass sich die Aufmerksamkeit der Bevölkerung verstärkt hat. Diese Wachsamkeit wird durch das Jugendamt sehr begrüßt, da dadurch oft Familien Hilfe und Unterstützung vermittelt werden kann.

Frau Dr. Müller lobt die Schaffung dieses stabilen Netzes. Es ist aus ihrer Sicht nicht vertretbar, dass das staatliche Schulamt sich hier nicht beteiligt, da sich viele Kinder eine nicht unerhebliche Zeit am Tag in der Schule aufhalten. Sie fragt, wie die Position der Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertagesstätten eingeschätzt wird.

Frau Köhler erklärt, dass durch den Abschluss der entsprechenden Vereinbarung eine Qualifizierung der Erzieherinnen erfolgt. Wenn diese einschätzen, ein Problem nicht lösen zu können, wird der Kontakt zum Jugendamt aufgenommen.

Herr Schweers ergänzt, dass jeder Träger eine erfahrene Fachkraft benennen muss, die an den entsprechenden Fortbildungen teilnimmt. Bei kleinen Trägern wird die Kooperation mit anderen Trägern genutzt. Dies wird über die jeweilige Vereinbarung geregelt.

Frau Schulze hat Kenntnis, dass dieses Bewusstsein in vielen Grundschulen angekommen ist. Sie schildert kurz einen Einzelfall und macht dabei die dringende Notwendigkeit der Einbindung von „Schule“ im Arbeitskreis Kinderschutz deutlich.

Frau Busch fragt, ob es zu diesem Thema auch Zusammenarbeit mit den Wohnungsunternehmen gibt. Sie weist darauf hin, dass viele Wohnungsunternehmen ein Sozialmanagement haben.

Herr Schweers erklärt, dass es erste Gespräche mit dem Arbeitskreis Stadtspuren gibt. Eine Vereinbarung wurde bisher nicht geschlossen. Es werden aber auch Verdachtsfälle von Vermietern gemeldet.

Frau Linke informiert, dass das Gesundheitsamt eine Kooperationsvereinbarung mit einer Kinderärztin im Klinikum „Ernst von Bergmann“ geschlossen hat. Diese Kinderärztin wird auch im Arbeitskreis Kinderschutz mitarbeiten.

Herr van Leeuwen fragt, wie sich der Hilfebedarf auf die Fälle verteilt.

Herr Schweers erklärt, dass bei etwa 20 – 30 % der gemeldeten Fälle ein Hilfe- bzw. Unterstützungsbedarf besteht. Er betont, dass dies nicht bedeutet, dass hier eine Gefährdung vorliegt.

Frau Schulze fragt, ob es sich um die Kinderärztin handelt, die die Reihenuntersuchungen durchführt.

Frau Linke bejaht dies.

zu 4 Netzwerk "Gesunde Kinder" in Potsdam Vorlage: 08/SVV/0237

Frau Schulze bringt die Drucksache ein und begründet diese.

Frau E. Müller weist auf das bereits in Potsdam bestehende „kleine“ Netz hin und in diesem Zusammenhang auch auf den Begrüßungsdienst für Neugeborene. Sie informiert, dass es am 08.05.2008 einen Gesprächstermin mit den Schwangerschaftsberatungsstellen mit dem Ziel geben wird, hier optimale Unterstützung geben zu können. Am 10.06.2008 wird es eine Beratung mit den Hebammen und Familienhebammen geben.

Sie informiert, dass es gelungen ist, Familienhebammen auszubilden, um diese als familienbegleitende Maßnahme bei Bedarf in Familien einzusetzen.

Aber auch die Kinderärzte sollen hier eingebunden werden.

Ein ehrenamtlicher Besuchsdienst ist derzeit aus Sicht der Verwaltung nicht angedacht, da dieser nicht als ausreichend und die richtige Maßnahme angesehen wird. Vielmehr sollen Beratungsangebote in Einrichtungen in den Sozialräumen geöffnet werden, um die Eltern in diese Einrichtungen „zu ziehen“. Sie weist in diesen Zusammenhang auf das bereits bestehende Angebot im Eltern-Kind-Zentrum hin, welches sehr gut angenommen wird.

Aus Sicht der Verwaltung ist das vorhandene Netz im Zusammenhang mit dem „Gesunde-Städte-Netzwerk“ weiter auszubauen.

Sie macht auch deutlich, dass es in der Landeshauptstadt Potsdam andere Strukturen gibt, wie im Landkreis, auch mit dem Hinweis auf die bereits stattfindende Regionalisierung mit den Sozialarbeitern in den jeweiligen Sozialräumen.

Frau Schulze ändert den letzten Satz des Antrages wie folgt: „*Ein erster Zwischenbericht ist der Stadtverordnetenversammlung im Juli 2008 vorzulegen.*“

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass dies passfähig für Potsdam erfolgen soll.

Geänderter Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Netzwerk „Gesunde Kinder“ in Potsdam aufzubauen.

Grundlage des Netzwerkes stellt der Beschluss des Landtages Brandenburg mit der DS-Nr. 4/5916 „Netzwerke Gesunde Kinder“ – Qualität sichern, Potentiale nutzen und flächendeckend zur Geltung bringen vom 28. Februar 2008 dar.

Ein erster Zwischenbericht ist der Stadtverordnetenversammlung im **Juli 2008** vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.

zu 5

Elternschule

Vorlage: 08/SVV/0201

Herr Dr. Przybilski bringt den Antrag ein.

Frau E. Müller macht darauf aufmerksam, dass das Jugendamt mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung in den Sozialräumen tätig ist und hier bereits eine vernetzte Arbeit stattfindet. Sie macht deutlich, dass inhaltlich das durch den Antrag geforderte bereits auf den Weg gebracht wurde.

Sie sagt zu, dass die Inhalte, die in dem Konzept dargestellt werden, durch die Verwaltung auf Umsetzbarkeit in den Sozialräumen geprüft werden.

Herr Dr. Przybilski ändert den Antrag wie folgt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die dem Landeskonzept „Familie und Nachbarschaft“ (FuN) entsprechenden Aktivitäten der Landeshauptstadt Potsdam zu prüfen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im September 2008 zu berichten.

Geänderter Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **die dem Landeskonzept „Familie und Nachbarschaft“ (FuN) entsprechenden Aktivitäten der Landeshauptstadt Potsdam zu prüfen.**

Der Stadtverordnetenversammlung ist im September 2008 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.

zu 6 **Bekanntmachung des Kulturtickets**
Vorlage: 08/SVV/0205

Frau Paulsen erklärt, dass der Kulturausschuss bereits ein positives Votum zum Antrag abgegeben hat.

Frau Peetz-Mühlstein informiert, dass der Fachbereich Kultur und Museum weitere Kultureinrichtungen anfragen wird. Um den Bekanntheitsgrad des Kulturtickets zu erhöhen, wird man erneut eine Mitteilung an die Presse geben, die bestehenden Aushänge aktualisieren und im Internet unter www.potsdam.de auf das Angebot hinweisen. Zusätzlich wolle man Möglichkeiten der Bekanntmachung in Programmheften mit den Kulturträgern beraten.

Frau Schulze fragt, wie lange vor Veranstaltungsbeginn dieser Kartenverkauf beginnt.

Frau Peetz-Mühlstein erklärt, dass der Verkauf von Kulturtickets in der Regel ca. 15 Minuten vor Veranstaltungsbeginn erfolgt.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt

- das Kulturticket für Einkommensschwache in den Zielgruppen bekannter zu machen
- weitere Kultureinrichtungen für den Verkauf derartiger Tickets zu gewinnen
- die Stadtverordneten bis zum Juni 2008 über die ergriffenen Maßnahmen, die beteiligten Kultureinrichtungen und die Zahl der in den einzelnen Einrichtungen verkauften Tickets (absolut und anteilig am Gesamtkartenverkauf) zu informieren

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 3

Dem Antrag wird zugestimmt.

zu 7 **Anhebung des Regelsatzes**
Vorlage: 08/SVV/0236

Frau Schulze bringt den Antrag ein und begründet diesen. Sie ändert den Termin des Berichtes von Mai 2008 auf Juni 2008.

Herr Ernst verweist auf die geltenden gesetzlichen Regelungen. Er macht auch darauf aufmerksam, dass die geforderte Erhöhung des Regelsatzes für Leistungsbezieher nach dem SGB XII jährlich eine Mehrbelastung von ca. 1,4 bis 1,5 Mio. Euro für den kommunalen Haushalt bedeuten würden. Eine Anhebung des Regelsatzes für Leistungsbezieher nach dem SGB II ist eine Entscheidung des Bundes.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass hier eine Regelung auf Bundesebene erfolgen muss.

Frau Basekow betont, dass es sinnvoll ist darüber nachzudenken, an welcher Stelle eine Erhöhung von Leistungen erfolgt, um an anderer Stelle Kosten zu sparen. Sie weist in diesem Zusammenhang auf die Pressemeldungen der letzten Tages zu Kinderarmut hin.

Herr Näder schlägt vor, die Summe aus dem Antrag herauszulassen.

Frau E. Müller macht darauf aufmerksam, dass dieses Anliegen bereits seit längerem diskutiert wird. Sie regt an, den Antrag allgemeiner zu formulieren, da die Regelsätze für die Kinder auch mit betrachtet werden sollen. Der vorliegende Antrag zielt lediglich auf den Haushaltsvorstand ab.

Geänderter Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich in Gesprächen mit dem Städte- und Gemeindebund sowie dem Bundesministerium für Arbeit dafür einzusetzen, dass eine Anhebung **der Regelsätze** für Leistungsempfänger nach SGB II und SGB XII erfolgt.

Den Stadtverordneten ist über das Ergebnis der Gespräche in ihrer Sitzung im **Juni 2008** zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.

**zu 8 Konzept zur aufsuchenden Sozialarbeit
Vorlage: 08/SVV/0323**

Die Drucksache wird vertragt.

zu 9 Haushalt

**zu 9.1 Haushaltssicherungskonzept 2008 - 2011
Vorlage: 08/SVV/0160**

Frau Paulsen schlägt vor, das Haushaltssicherungskonzept zur Kenntnis zu nehmen, da es nicht den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses betrifft.

Das Haushaltssicherungskonzept für den Teil des Fachbereiches Soziales, Gesundheit und Umwelt wird zur Kenntnis genommen.

**zu 9.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: 08/SVV/0161**

Frau Schulze verweist auf das Unterprodukt 3517002 in der Übersicht der Haushaltsplanung und bittet um Erläuterung der Differenz zur Förderliste der freien Träger.

Herr Ernst erklärt, dass sich die Differenz im Unterprodukt 3517002 zwischen dem Plan zur Förderung der freien Träger und der Übersicht der Haushaltspla-

nung nach Unterprodukten aufgrund der in der Übersicht anteilig enthaltenen Personalkosten ergibt.

Herr Näder verweist auf Punkt 16 der Förderliste freier Träger und fragt, ob die Alfred und Toni Dahlweid Stiftung noch immer keinen Zugriff auf ihr Vermögen hat.

Herr Ernst erklärt, dass das Geld der Stiftung noch immer auf dem Treuhandkonto ist und die Stiftung auf diese Mittel keinen Zugriff hat.

Frau Schulze bestätigt dies.

Sie stellt fest, dass es bei den Unterprodukten 3119902 und 3120000 Differenzen zwischen 2007 und 2008 gibt und bittet um Erläuterung.

Herr Ernst erklärt, dass es hier eine Verschiebung der Personalkosten gibt.

Herr Wagner ergänzt, dass aufgrund des Rückgangs der Zahl der Bedarfsgemeinschaften die Summe der Kosten der Unterkunft geringer eingeplant wurde. In der Verwaltung wurden die Personalkosten auf die Unterprodukte umgelegt, aber auch für Anschaffung von Technik sind Mittel eingeplant.

Frau E. Müller erklärt, dass der Haushalt aus Sicht der Verwaltung auskömmlich ist.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2008 mit doppischem Haushaltsplan und Anlagen wird beschlossen. Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 3

Der Haushaltssatzung für den Teil des Fachbereiches Soziales, Gesundheit und Umwelt wird zugestimmt.

**zu 9.3 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2009
Vorlage: 08/SVV/0162**

Frau Paulsen schlägt vor, den Eckwertebeschluss zur Kenntnis zu nehmen.

Der Eckwertebeschluss für den Teil des Fachbereiches Soziales, Gesundheit und Umwelt wird zur Kenntnis genommen.

**zu 10 Rollstuhlfahrer im ÖPNV
Vorlage: 08/SVV/0165**

Frau Kofer bringt die Mitteilungsvorlage ein und gibt Erläuterungen. Sie informiert, dass die EU-Richtlinie zur Mitnahme von Rollstuhlfahrern in Bussen nicht für die Busse gilt, die vor dem 13.02.2005 in Dienst gestellt wurden. Somit kann ab dem 17.04.2008 wieder mehr als ein Rollstuhlfahrer pro Bus mitgenommen werden. Ab 01.05.2008 erfolgt dann die Einstellung des Rufbusses.

Frau Schulze fragt, wie lange diese Ausnahmeregelung gilt.

Frau Kofer erklärt, dass dies soll lange gilt, wie der jeweilige Bus im Einsatz ist.

Herr Bewer macht darauf aufmerksam, dass es vielen Rollstuhlfahrern nicht bekannt ist, wie der Rufbus anfordert werden kann. Auch viele Busfahrer der Linienbusse wissen nicht über den Rufbus beschied.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 11 Behindertenbericht (Berichtszeitraum 2003 - 2006)
Vorlage: 08/SVV/0321**

Herr Soeffner stellt den Bericht vor und gibt Erläuterungen. Er weist auf einen Schreibfehler im Vorwort hin und berichtigt, dass sich das Haus der Begegnung nicht am Schlaatz, sondern in der Waldstadt II befindet.

Frau Schulze fragt, welche Fachbereiche an der Erstellung des Berichtes beteiligt waren.

Ihr fehlt in dem Bericht die deutliche Positionierung der Stadt, dass die Umsetzung der Behindertenfreundlichkeit erfolgen soll.

Auch fehlt aus ihrer Sicht der Stand des Maßnahmeplanes im Zusammenhang mit der Erklärung von Barcelona.

Frau E. Müller erklärt, dass in dem vorliegenden Bericht aufgezeigt wird, was in den letzten drei Jahren geleistet wurde. Die abgeleiteten Handlungsstränge haben finanzielle Auswirkungen, die dann auch darzustellen sind.

Herr Ernst weist darauf hin, dass für die Berichterstattung keine Strukturvorgaben vorlagen.

Er macht deutlich, dass man zukünftig eine integrierte Berichterstattung vorlegen möchte.

An der Berichterstattung waren u.a. der Bereich Wohnen, das Schulverwaltungsamt, die PAGA, der Behindertenbeauftragte und der Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen beteiligt.

Frau E. Müller zur ergänzt, dass zur Umsetzung der Maßnahmen der Erklärung von Barcelona eine gesonderte Berichterstattung erfolgen sollte. Sie wird dies als Anregung aufnehmen und an den zuständigen Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen weiterleiten.

Frau Dr. Müller findet den Bericht in seiner Struktur und Herabgehensweise, aber auch den Handlungsempfehlungen, sehr gelungen. Sie fragt, wie mit den Handlungsempfehlungen umgegangen werden soll und ob es denkbar wäre, dass der Ausschuss für Gesundheit und Soziales eine Prioritätenliste erstellt, die geschäftsbereichsübergreifend nach inhaltlichen Schwerpunkten untergliedert wird und die Zeitvorstellung der Umsetzbarkeit enthält, um die entsprechenden Mittel in den Haushalt einstellen zu können.

Frau Paulsen schlägt vor, den Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung des Ausschusses erneut aufzurufen, da es offensichtlich großen Diskussionsbedarf gibt.

Herr Dr. Przybilski fragt, ob die hohe Zahl der Behinderten auch aufgrund der Vielzahl der Behinderteneinrichtungen in Potsdam zustande kommt. Er stellt aber auch fest, dass viele ältere Menschen ihren Wohnsitz nach Potsdam verlegen.

Dies wird so bestätigt.

Herr Näder schlägt vor, einen Soll-Ist-Abgleich zu führen und mit dem Behindertenbeirat zu beraten.

Er bittet darum, dass die entsprechenden Aktivitäten unterstützt werden. Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales sollte dies immer wieder thematisieren und begleiten.

Frau Schulze verweist auf Handlungsansätze auf Seite 48 des Berichtes und bittet die Verwaltung, Termine der Umsetzbarkeit zu benennen. Sie fragt, wer in der zu gründenden permanenten Arbeitsgruppe mitarbeiten soll.

Frau Basekow schlägt vor, den letzten Punkt der Handlungsansätze, Gründung einer permanenten Arbeitsgruppe, als ersten Punkt abzuarbeiten und danach die anderen aufgeführten Punkte anzugehen.

Frau Dr. Lotz schließt sich dem Vorschlag von Frau Basekow an. Sie hält eine ausführliche Diskussion der einzelnen Punkte unter Einbeziehung der entsprechenden Fachleute für erforderlich.

Frau E. Müller greift die Vorschläge auf. Sie bittet die Stadtverordneten, sich mit den Handlungsempfehlungen auseinander zu setzen und Prioritäten zu setzen, um einen größtmöglichen Nutzen der eingesetzten Mittel zu erzielen.

Frau Paulsen empfiehlt, aus dem Ausschuss heraus einen Antrag für die Stadtverordnetenversammlung zu formulieren.

Frau Dr. Müller macht darauf aufmerksam, dass der Behindertenbericht nicht in den Ausschuss für Stadtplanung und Bauen überwiesen wurde. Sie hält die Beratung des Behindertenberichtes in diesem Ausschuss für sehr wichtig.

Frau Schulze unterstützt den Vorschlag von Frau Paulsen und regt an, einen Formulierungsvorschlag für die nächste Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vorzubereiten und zu Diskussion zu stellen.

Dem Vorschlag von Frau Schulze wird zugestimmt.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 12 Sonstiges

Herr Dr. Schlomm weist auf Neonazi-Losung an der ehem. Schülergaststätte der Lenne-Schule im Humboldttring hin.

Frau Gerber informiert, dass der gleiche Spruch auch am Bahnhof Babelsberg zu finden ist.

Frau Grasnick macht darauf aufmerksam, dass am 25. und 26. April 2008 der Zug der Erinnerung in Potsdam hält.

Frau Scheuerer informiert, dass am Samstag den 19.04.2008 der Christopher Street Day in Potsdam durchgeführt wird.

Herr Bewer macht darauf aufmerksam, dass am 06.05.2008 auf dem Luisenplatz das Straßenfest anlässlich des Aktionstages zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung stattfindet.

**Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales:
20. Mai 2008; 18:00 Uhr**

Bettina Paulsen
stellv. Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Ausschussbetreuerin